

sind, ebenso sind die Anklagen zurückzuweisen, die in anderer Beziehung an diese Finanzlage geknüpft worden und die sich in Vorwürfen theilweise der allerhöchsten Art, insonderheit gegen die konservative Partei und die konservative Fraktion dieses Hauses, Luft gemacht haben. Daß Lagen wie diejenige, in der wir uns jetzt befinden, der Umsturzpartei, der sozialdemokratischen Partei, als ein willkommenener Anlaß, als eine willkommene Gelegenheit erscheinen würden, die zur Zeit ausschlaggebende Partei in unserer sächsischen Zweiten Kammer für alles Mögliche verantwortlich zu machen, das ist sehr erklärlich, das ließ sich voraussehen, das ist aber für uns von herzlich weniger Bedeutung. Zu beklagen aber ist, daß sich auch ein Theil der liberalen Presse nicht hat enthalten können, wie man so sagt, mit in dieselbe Kerbe zu hauen. Es könnte für uns an sich ja nur ungemein schmeichelhaft sein, wenn man alles, was in Sachsen im Laufe der letzten 25 Jahre — seit dieser Zeit ungefähr hat die konservative Fraktion die Mehrheit in dieser Kammer gehabt — geschehen ist, auf das Konto der konservativen Partei schriebe. Denn es ist ja eine bekannte Thatsache, daß unser Sachsen in diesem Zeitraume eines Vierteljahrhunderts einen eminenten, in der vaterländischen Geschichte in gleicher Weise noch nicht dagewesenen Aufschwung genommen hat, daß sich auf allen Gebieten der Volkswohlstand mächtig gehoben hat und die erfreulichsten Erscheinungen in allen Beziehungen zu registriren sind.

Damit also könnten wir an sich nur sehr einverstanden sein. Indessen, meine verehrten Herren, wir sind sehr weit davon entfernt, alle die Fortschritte und Wohlthaten, die sich in diesem Zeitraum in so reicher Fülle über unser Sachsenland ergossen haben, auf unser Konto, auf das Konto der konservativen Partei zu setzen. Wir nehmen nichts weiter für uns in Anspruch, als daß wir Hand in Hand mit den übrigen Parteien und insonderheit mit der Regierung in dieser Zeit bemüht gewesen sind, das Wohl unseres engeren Vaterlandes, insbesondere auch auf wirtschaftlichem Gebiete, nach Kräften zu fördern. Aber wenn wir es so auf der einen Seite ablehnen, daß wir, die konservative Partei oder die konservative Fraktion dieser Kammer, allein das Verdienst an dem Aufschwunge des letzten Vierteljahrhunderts haben, so müssen wir es auf der andern Seite auch mit Entschiedenheit zurückweisen, wenn man für die gegenwärtigen Schwierigkeiten uns und uns allein verantwortlich machen will. Läge in Wirklichkeit eine Verschuldung dieser Lage seitens irgend jemandes vor, so kann darüber nicht der mindeste Zweifel sein, daß die konservative Partei an diesen Schwierigkeiten

nicht mehr Schuld hat als irgend eine andere Partei dieses Hauses. Denn wenn, was als feststehend angesehen werden kann, die gegenwärtigen Schwierigkeiten sich durch den höheren Bedarf ergeben haben, der von Jahr zu Jahr bei der großen Fülle unserer volkswirtschaftlichen Bedürfnisse auftritt, und wenn man zurückblickt auf das Verhalten, das alle Parteien dieses Hauses ausnahmslos jenen Bedürfnissen gegenüber eingenommen haben, so wird man ohne weiteres zugeben müssen, daß die konservative Partei sich in Bezug auf die betreffenden Bewilligungen schlechterdings nicht anders verhalten hat als die liberale Partei, ja auch nicht anders verhalten hat als die sozialdemokratische Partei. Ist es nun gerade die sozialdemokratische Partei, die uns in diesem Punkte die allerhöchsten Vorwürfe macht, ja sich sogar zu der geschmackvollen Aeußerung versteigt, daß „die konservative Mißwirtschaft geradezu zum Himmel stinkt“, dann überlegen sich die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei schwerlich, daß die Lage, in der wir uns jetzt befinden, ist sie überhaupt von jemand verschuldet, sicherlich auch von ihnen, auch von der sozialdemokratischen Partei, mit verschuldet ist. Ja ich gehe noch weiter, ich behaupte, daß, wenn man den Wünschen, die in diesem Hause von Seiten der sozialdemokratischen Partei in finanzpolitischer Beziehung geltend gemacht worden sind, gewillfahret hätte, dann heute nicht bloß ein Zuschlag von 50 Prozent zu der Einkommensteuer ins Auge zu fassen wäre, sondern ein solcher von 150 Prozent. Ich erinnere in dieser Beziehung bloß an das eine, daß seiner Zeit wiederholt von Seiten der sozialdemokratischen Partei ein Antrag in diesem Hause gestellt worden ist, der auf nichts Geringeres als auf die Uebernahme der gesammten Schullasten, insbesondere des Schulgeldes auf den Staat gerichtet war. Der verstorbene Herr Kultusminister von Gerber hat seiner Zeit berechnet, daß, wenn man diesem Antrage stattgeben wollte, dann eine höhere Belastung des sächsischen Stats von 15 Millionen ungefähr eintreten würde. Sie können daraus entnehmen, wie sehr sich, wenn man einem derartigen Verlangen stattgegeben hätte, die Mißlichkeiten gesteigert haben würden, vor denen wir gegenwärtig stehen. Indessen, meine verehrten Herren, das ganze Vorgehen der sozialdemokratischen Partei in dieser Beziehung ist ja nur zu durchsichtig. Wir haben stets gesehen, daß die Sozialdemokratie alle möglichen und unmöglichen Wünsche in dieser Kammer unterstützt hat. Für die sozialdemokratische Partei entwickelten sich die Verhältnisse dann allemal sehr einfach: entweder nämlich wurden die geäußerten Wünsche abgelehnt, dann hatte die Sozialdemokratie die gewünschte Gelegenheit, wieder ein-